

Vorlageart: Berichtsvorlage  
Federführung: Dezernat 1 / Finanzen und Kultur  
Verantwortung: Herr Tsalastras, Herr Schranz

## **Gemeinsame Erklärung des Deutschen Städtetages und des Türkischen Städtetages vom 8. April in Istanbul**

---

### **Beratungsfolge**

|            |                            |               |
|------------|----------------------------|---------------|
| 19.05.2025 | Haupt- und Finanzausschuss | Kenntnisnahme |
| 05.06.2025 | Kulturausschuss            | Kenntnisnahme |

### **Bezug**

Kein Bezug

### **Sachverhalt**

1 Die Stadt Oberhausen hat am 6. März eine gemeinsame Einladung des Türkischen und  
2 Deutschen Städtetages zu einem deutsch-türkischen Städtepartnerschaftsgipfel vom 8.-9.  
3 April 2025 in Istanbul erhalten. Je zwei Vertreter\*innen aus Mersin und Oberhausen waren  
4 eingeladen nach Istanbul zu kommen. Da Oberbürgermeister Daniel Schranz verhindert war,  
5 wurden Saadettin Tüzün in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Oberhausener  
6 Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH und Desbina Kallinikidou vom Büro für Interkul-  
7 tur für die Veranstaltung angemeldet.  
8 Nachdem der Präsident des Türkischen Städtetages und Gastgeber der Veranstaltung  
9 Ekrem Imamoglu am 17. März seines Amtes enthoben und inhaftiert wurde, stand in Frage,  
10 ob der Städtepartnerschaftsgipfel stattfinden konnte. Entsprechend seinem Willen wurde die  
11 Veranstaltung schließlich dennoch durchgeführt, allerdings in einem verkürzten Format.  
12 Aus Mersin nahmen Ibrahim Evrim als Berater von Oberbürgermeister Vahap Seğer und Elif  
13 Tamburoglu als Vertreterin der Verwaltung an dem Gipfel teil.  
14 An dem Gipfel nahmen etwa 240 Vertreter von deutsch-türkischer Partnerschaften teil und  
15 verabschiedeten die beigefügten Erklärung am 8. April 2025.  
16

### **Anlage/n**

1 - Gemeinsame Erklärung des Deutschen Städtetages und des Türkischen Städtetages

**Gemeinsame Erklärung des Deutschen Städtetages und des Türkischen Städtetages**

8. April 2025

Wir, die Bürgermeister der Türkei und Deutschlands, sind in Istanbul zusammengekommen, um das gegenseitige Verständnis, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen unseren Städten zu stärken. Dieser Gipfel ist Ausdruck der 100-jährigen diplomatischen Beziehungen zwischen unseren Ländern sowie der Solidarität und der gemeinsamen demokratischen Werte zwischen unseren Völkern.

Städte sind Orte, an denen Demokratie und Freiheiten gelebt und geschützt werden. Die Kommunalverwaltungen spielen eine entscheidende Rolle beim Aufbau freier und gerechter Gesellschaften als wegweisende Institutionen, in denen der Wille des Volkes direkt vertreten, die Grundrechte verteidigt und die partizipative Demokratie verwirklicht wird.

In diesem Bewusstsein bekennen wir uns öffentlich zu den folgenden Grundprinzipien:

Die Fähigkeit der Kommunen und der gewählten Vertreter, entsprechend ihren gesetzlichen Aufgaben und Befugnissen ohne Einschränkungen wahrzunehmen, ist ein unverzichtbares Element der demokratischen Ordnung. Wir sind entschlossen, den Willen des Volkes gegen jede Art von Druck und Einmischung zu verteidigen.

Freie Meinungsäußerung, das Recht zu wählen und gewählt zu werden und das Recht auf ein faires Verfahren müssen für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gewährleistet sein. Diese Grundsätze bilden die Basis einer demokratischen Gesellschaft.

Durch die Zusammenarbeit zwischen Städten wollen wir gute kommunale Praxis fördern und gemeinsame demokratische Werte stärken.

Wir nutzen diese Gelegenheit, um unsere Solidarität mit allen Bürgermeistern zu bekunden, die vom Volk gewählt, aber ihrer Freiheit beraubt wurden. Insbesondere bieten wir dem Oberbürgermeister von Istanbul, Herrn Ekrem İmamoğlu, unsere volle Unterstützung an und erinnern daran, dass es eine universelle Verantwortung ist, den Willen des Volkes, die Rechtsstaatlichkeit und die lokale Demokratie zu wahren.

Als Bürgermeister glauben wir, dass unsere Städte angesichts der heutigen Herausforderungen globale Verantwortung übernehmen müssen. Mit dieser gemeinsamen Erklärung bekräftigen wir unseren Willen, starke Städtepartnerschaften aufzubauen, die Demokratie fördern und sozialen Fortschritt vorantreiben.